

## INHALT

- Nr. 18 Beschluß vom 10. Februar 1954 (2 BvN 1/54). Begriff der „Entscheidung“ des BVerfG im Sinne von Art. 100 Abs. 3 GG 261
- Nr. 19 Urteil vom 24. Februar 1954 (2 BvQ 1/54). Durchführung des nordrh.-westf. Schulgesetzes vom 8. April 1952 im ehemaligen Lande Lippe. Zulässigkeit eines Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung auch vor Anhängigkeit der Hauptsache. Zuständigkeit des BVerfG für einen Streit über einen Eingliederungsvertrag zwischen dem durch die Eingliederung untergegangenen und dem aufnehmenden Land . 267
- Nr. 20 Urteil vom 26. Februar 1954 (1 BvR 371/52). Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen vom 11. Mai 1951. VerfBeschw. von ehemaligen Berufssoldaten und Versorgungsempfängern der ehemaligen Wehrmacht . . . . . 288
- Nr. 21 Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvR 138/52). Keine Festsetzung des Streitwerts für Berechnung der Armenanwaltsgebühren im Verfahren betr. VerfBeschw. . . . . 352
- Nr. 22 Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvO 2/53). Entscheidung über die Fortgeltung einer Norm als Bundesrecht. Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Vorlage nach § 86 Abs. 2 BVerfGG . . . . . 354
- Nr. 23 Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvO 4/53). Entscheidung über die Fortgeltung einer Norm als Bundesrecht. Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Vorlage nach § 86 Abs. 2 BVerfGG . . . . . 357
- Nr. 24 Beschluß vom 26. Februar 1954 (1 BvR 537/53). VerfBeschw. gegen Entscheidung eines Gerichts wegen Verletzung von Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG . . . . . 359

\*

## ZITIERWEISE

Für die Zitierung dieser Sammlung wird die Abkürzung BVerfGE empfohlen, z. B. BVerfGE 2, 16 [= Band 2 Seite 16].

3-20

**ENTSCHEIDUNGEN**  
**DES**  
**BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS**

Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

3. Band · Lieferung 3



1954

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN